

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein ereignisreiches Jahr 2015 liegt hinter und ein nicht minder herausforderndes Jahr 2016 liegt vor uns. Mehrere Tausend Menschen suchen auch im Westmünsterland Schutz vor Krieg und Verfolgung.

„Niemand verlässt einfach so seine Heimat.“ Es ist gerade in diesen Tagen wichtig, diesen Satz in seiner ganzen Bedeutung zu verinnerlichen. Gegen die Stimmungsmache von Pegida und AfD gegen den Populismus der Söders und Seehofers! Wer vor dem mörderischen IS flieht oder dem brutalen Krieg in Syrien entkommen ist, dem müssen wir helfen. Das gebietet nicht nur unser Grundgesetz, das gebietet schon alleine Anstand und Menschlichkeit!

Markige Worte lassen sich leicht finden. Auch der CDU-Kreisvorsitzende Jens Spahn ist darum nicht verlegen. Er hat sich sogar dazu verstiegen, von Staatsversagen zu sprechen. Von einem Mitglied der Bundesregierung schon eine bemerkenswerte Wortmeldung. Ansonsten sprechen Politiker im Zusammenhang mit den Flüchtlingen auch gerne von einer Krise.

Deutsch ist eine schöne Sprache. Man kann zwei Nomen zusammensetzen und so in einem einzigen Wort spezifischer beschreiben, was man meint. Eine Krise beschreibt dabei eine Zuspitzung oder eine Gefahrenlage; etwas ist nicht in Ordnung. Fügen wir ein weiteres Hauptwort hinzu, können wir genauer definieren, was da eigentlich nicht in Ordnung ist: In einer Wirtschaftskrise ist es die Wirtschaft, in einer Lebenskrise ist es das Leben. Was also ist dann eine Flüchtlingskrise?

In diesem Fall führt die Zusammensetzung zweier Nomen nämlich nicht zu einer spezifischeren Beschreibung der Umstände, sondern zu einer Verschiebung der Tatsachen: Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht. Trotzdem hat sich eine Terminologie etabliert, die suggeriert, etwas sei mit Jenen nicht in Ordnung, die von diesem

Recht Gebrauch machen. Politiker sprechen von „Flüchtlingswellen“, als handele es sich um eine gesichtslose Masse; um eine Welle, die gegen unsere Grenzen prallt.

Wir haben allerhöchstens eine Herz- und Verstandeskrisis, wenn diejenigen, die sich ehrenamtlich bei der Begleitung und Betreuung von Flüchtlingen engagieren, dafür als Gutmenschen diffamiert werden. Als sei das Gegenteil des Gutmenschen, der Schlechtmensch, das neue deutsche Ideal. Ich erlebe Menschen, die sich jetzt erstmalig in ihrem Leben ehrenamtlich engagieren – weil es notwendig ist! Durch die vielen Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen, ist Deutschland an vielen Stellen stark in Anspruch genommen. Wir stehen im Stress – aber wir sind nicht überfordert. Wir haben schon vieles geschafft – wir schaffen auch das!

Zu diesem „Wir schaffen das“ gehört auch, dass die Politik in Berlin und in Düsseldorf die erforderlichen personellen, organisatorischen und verwaltungstechnischen Weichenstellungen vornimmt. Es ist schon etwas peinlich, wenn wir feststellen müssen, dass wir in Deutschland heute die Registrierung der Flüchtlinge nicht wesentlich besser hinbekommen, als Griechenland oder Italien vor einem Jahr. Die grundlegende Betreuung von Flüchtlingen kann nicht dauerhaft von Ehrenamtlichen geschultert werden.

Die große Aufgabe der kommenden Jahre heißt daher Integration. Einen weiteren Baustein dazu fügen wir im Kreis Borken nach nunmehr fünf Jahren Diskussion endlich unserem Integrationsangebot hinzu: Das Kommunale Integrationszentrum. Wir stehen in der Pflicht auch den Helfern zu helfen.

Ich bin froh, dass die CDU ihre Blockadehaltung gegen ein Kommunales Integrationszentrum aufgegeben hat. Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind jetzt dafür! Ein Kommunales Integrationszentrum trägt dazu bei, Flüchtlingsinitiativen zu vernetzen und zu unterstützen. Es sorgt dafür, dass die schulpflichtigen Flüchtlingskinder ihre passenden Schulen finden und Angebote für die Bildung der Geflüchteten geschaffen werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dann ist da noch auch die traurige Seite der Situation. Denn auch im Westmünsterland gibt es sie: Rechtsextrem motivierte Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte. Idioten deren beschränkter Horizont zur Folge hat, aus Angst vor den Geflüchteten zur Gewalt zu greifen. Auf Schutzlose losgehen, das zeugt ausschließlich von geistiger Armut. Es ist eine Schande für unsere Region, dass sich solche Verbrechen auch in unserem Kreis ereignen.

Daher ist es umgekehrt ein tolles Bild, dass sich aus Protest gegen fremdenfeindliche Straftaten vor wenigen Tagen 700 Ahauserinnen und Ahauser an einem verregneten Samstagmorgen zu einer Menschenkette als Symbol für Toleranz und Willkommenskultur zusammengefunden haben.

Die rassistische Stimmung im Land hat leider ganz deutlich zugenommen und genauso die rechte, rassistische und antisemitische Gewalt. Alles, was fremd ist, wird abgelehnt, von verbalen Angriffen einzelner über rechte Mobs, die wie am Wochenende geschehen einen ankommenden Flüchtlingsbus anpöbeln, bis hin zu schwerer körperlicher Gewalt ist alles dabei. Die Rechtspopulisten stärken dabei immer mehr die Rechtsextremisten. Erschreckend finde ich daher auch, wenn das Kreistagsmitglied Seifen in den Westfälischen Nachrichten die stetigen Entgleisungen von AfD Top-Funktionären wie Björn Höcke, Frauke Petry, Beatrix von Storch und vielen Weiteren als 'Einzelfälle' herunterspielt.

Spätestens jetzt sollte auch dem Kollegen Seifen klar geworden sein, in welcher Gesellschaft er sich da bewegt. Das sind – wie Josef Barnekamp so schön kommentiert hat – eben keine Biedermeier mehr, das sind Brandstifter! Die unverblümete Forderung des Erschießens fliehender Männer, Frauen und Kinder spiegelt einen unglaublichen Hass wider. Die AfD legt es darauf an, mit widerwärtiger Hetze gegen Flüchtlinge, den braunen Bodensatz an den politischen Rändern der Republik zu bedienen. Planmäßig und regelmäßig schüren die Vertreter der AfD den Hass

gegen das Fremde. Das ist unmenschlich und geschichtsvergessen.

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

kommen wir vom Außergewöhnlichen zum Gewöhnlichen. Dem Tagesgeschäft sozusagen. Und hier lässt sich leider feststellen ‚Same procedure as every year‘. Im Kreisausschuss am vergangenen Donnerstag bemühten CDU und SPD das Bild des ‚Vorgangs‘. Als sei die politische Debatte entbehrlich, weil sich eine Mehrheit für einen anderen Weg gefunden hat.

Beim Flughafen Münster/Osnabrück kann die CDU das Geld gar nicht schnell genug in dieses Fass ohne Boden überweisen. So erklärte Markus Schulte noch im November für die CDU-Fraktion, dass man die Beiträge zur Verlustabdeckung des Flughafens bis 2025 am liebsten gleich auszahlen würde, um sich die kritischen Worte von Grünen und UWG dazu nicht länger anhören zu müssen.

Der FMO manövriert sich derweil immer weiter ins Abseits. Landräte, Bürgermeister, CDU und SPD haben wahnsinnige Überkapazitäten geschaffen und bereits jetzt Millionen verpulvert. Denn mit knapp 12 Millionen Euro Verlust pro Jahr und 80 Millionen Euro Schulden ist der FMO schon jetzt in einer wirtschaftlich maroden Lage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD,

schauen Sie nicht auf irgendwelche schöngefärbten Bilanzen! Schauen Sie auf die Fluggastzahlen. Das ist die zentrale Stellschraube für den wirtschaftlichen Betrieb des FMO. Davon hängen nicht nur die Entgelte ab, die die Fluggesellschaften für die Nutzung des Flughafens zahlen, sondern auch die Einnahmen von Reisebüros, Autovermietungen, Parkplätzen und Restaurants am Airport. Die Rechnung ist ganz einfach: Keine Fluggäste, keine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des FMO! Und die Entwicklung der Fluggastzahlen ist erschreckend: Eingeplant war eine Steigerung der Fluggäste um knapp 4 % in 2015.

Ende des Jahres werden es rund 8 % weniger Fluggäste als im

Vorjahr sein. Der FMO hat damit sein Wachstumsziel um sage und schreibe 12 Prozentpunkte verfehlt! Ist damit nicht so langsam die viel zitierte rote Linie erreicht?

Wir Grüne sind nicht bereit, noch mehr Steuergeld für den FMO zu verschwenden! Denn alles was wir vom FMO höre, ist ein schlichtes „Weiter-so“. Mit Vollgas gegen die Wand! Am 17.12.2015 schrieb Kreiskämmerer Wilfried Kersting nach der am Kreis Steinfurt gescheiterten Änderung des FMO-Gesellschaftsvertrages, das bei der Beratung über das Schreiben des Kreises Steinfurt zu einer Neuverteilung der Anteile am Flughafen „vielmehr überlegt werden sollte, die geringen Anteile des Kreises Borken den übrigen Gesellschaftern anzubieten.“ DAS (!) ist eine Position der Kreisverwaltung, die wir vollkommen unterstützen können. Leider war von diesem Gedanken in der vergangenen Woche im Kreisausschuss nicht viel übrig, geblieben, da hat sich die Mehrheit aus CDU und SPD dann gnädig Bereiterklärt, zumindest den Hinweis auf den Willen zur Abgabe der Anteile mal mit in die Antwort an den Kreis Steinfurt aufzunehmen.

Bei der Verbraucherzentrale in Gronau stehen wir vor dem gleichen Problem, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Denn während die Solidarität mit dem FMO der CDU bis 2025 Millionen wert ist, ist die Solidarität mit der Stadt Gronau, die bislang den kommunalen Anteil an der Verbraucherzentrale allein trägt, obwohl unstrittig ein gutes Drittel der Hilfesuchenden dort aus anderen Kommunen des Kreises kommt, der CDU nicht einmal 11.000 Euro zum Erhalt der Stelle einer Bürokräft wert. Und auch hier räumt der Kollege Schulte für die CDU Fraktion freimütig ein, er habe die Argumente alle wohl schon gehört, nur interessieren sie ihn freilich nicht. Die CDU verfährt hier nach dem irrwitzigen Plan, die unstrittig gute Beratungsqualität in der Verbraucherzentrale Gronau in 2016 erst einmal deutlich zu verschlechtern, in dem sie sich schlicht weigert einen kleinen Beitrag zur Deckung der Personalkosten zu leisten, um dann im kommenden Jahr – angeblich – ein neues kreisweites Angebot zu finanzieren. Wobei auch hier die Ankündigungen, wie sich dieses genau darstellen soll, im nebulösen bleiben. Da wird mal davon gesprochen, es könnte ja mal jemand in die Schulen gehen oder an anderer Stelle auf das Coesfelder Modell verwiesen,

das einen weit höheren Kreisanteil voraussetzt, als die 11.000 Euro, über die wir für dieses Jahr lange und leider vergeblich gestritten haben.

Dem Ganzen die Krone setzt die CDU jedoch auf, wenn sie trotz ihrer Blockadehaltung in Sachen Verbraucherzentrale ihren Kreisgeschäftsführer in den Westfälischen Nachrichten erklären lässt, wie wichtig ihr die Verbraucherberatung im Kreis sei und wie sehr man die in Gronau geleistete Arbeit schätze. Liebe Kollegen von der CDU: Reden Sie nicht, handeln Sie! Die Gronauerinnen und Gronauer sind nicht so dämlich, sich von Ihnen ein X für ein U vormachen zu lassen, wenn Sie ihren Worten nicht auch Taten folgen lassen.

Eine ähnliche Haltung finden wir beim Radschnellweg. Hier ist die CDU bislang nur bereit über Varianten nachzudenken, bei denen das Land alleiniger Baulastträger ist. Dabei hat die Machbarkeitsstudie zum Regio.Velo die enormen Potentiale gezeigt, die für die Region in dieser neuen Form des Radverkehrs liegt. Und dass dies keine grünen Hirngespinnste sind, zeigen die erfolgreichen Beispiele in den Niederlanden.

Auch die Modal Split Studie hat deutlich gezeigt, die Westmünsterländer nutzen das Rad intensiver als die meisten anderen Regionen unseres Landes. Das ÖPNV Angebot hingegen wird noch nicht in dem Maße angenommen, wie wir uns dies wünschen. Die Gründe aber liefert die Studie: Der Bus kommt zu selten, der Weg zur Haltestelle ist oft zu weit und die Fahrt mit dem Bus ist zu teuer. Aus der CDU kam dann im Ausschuss für Verkehr dann auch gleich die erste Wortmeldung, ob man angesichts der Nutzerzahlen den Busverkehr nicht gleich ganz einstellen könne. Das ist mit uns Grünen in keinem Fall zu machen. Im Gegenteil: Wir müssen unseren ÖPNV attraktiver machen. Denn die Studie zeigt auch, da wo wir ein gutes Angebot haben – etwa bei den Schnellbussen – wird es auch von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen.

Und dann ist da noch das Sozialticket: Was haben Sie uns da nicht

alles vorgerechnet? Millionen würde das kosten, das schon gar nicht mehr existente Lohnabstandsgebot werde verletzt. Alles Quatsch! Nur widerwillig war die CDU nach jahrelanger Diskussion überhaupt bereit ein Sozialticket einzuführen. Allerdings ist es so schlecht konzipiert, dass es kaum Interessenten dafür gibt. Denn man kann es eigentlich nur für die Fahrten nutzen, für die der Westmünsterländer der Modal-Split Studie zufolge am liebsten das Fahrrad nimmt. Hier gilt es im kommenden Jahr genau wie im ÖPNV das Angebot zu verbessern!

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir pflastern und betonieren das Münsterland auch weiterhin ohne Ende zu. Im Regierungsbezirk Münster sind seit 1993 viereinhalb Fußballfelder zugebaut worden – jeden Tag. Das war vor Kurzem den Westfälischen Nachrichten zu entnehmen. Die Folgen klar: Niederschläge fließen oberflächlich ab und erhöhen die Hochwassergefahr, landwirtschaftliche Nutzfläche wird knapper teurer. Und doch beschließt die Mehrheit in diesem Kreistag eine Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan, nach dem Motto „Nach uns die Sintflut!“ Dabei brauchen endlich eine Trendumkehr: Mehr Grünland – weniger Beton, weniger Asphalt!

Doch nicht nur über, auch unter der Erde ist einiges im Argen. Mit unschöner Regelmäßigkeit werden uns Belege über den schlechten Zustand der Grundwasserkörper und den signifikant steigenden Nitratanteil im Grundwasser präsentiert. Gerade erst hat sich ein Bürger mit einer Eingabe an den Kreistag gewandt, der wie viele andere im Westmünsterland auch, das Wasser aus seinem Hausbrunnen nicht mehr trinken kann. Die Erkenntnisse liegen vor, jetzt müssen endlich auch Taten folgen!

Auch für den Artenschutz hat die Verunreinigung der Gewässer noch einmal an Aktualität gewonnen. Lange ist bekannt, dass Bäche und Flüsse im Westmünsterland in keinem guten ökologischen Zustand sind. Hinzu kommt nun, dass sich der Abwasserpilz in vielen Gewässern verbreitet hat und diese mittlerweile absolut tot sind. Der Fischereiverband hat mit

bedrückenden Fotos öffentlichkeitswirksam das Ausmaß dargestellt und fordert die Behebung der Ursachen sowie Strafmaßnahmen bei Verunreinigungen und verbotenen Einleitungen in die unsere Gewässer. Jetzt endlich handelt auch die Kreisverwaltung. Und das enorme Ausmaß der Verstöße lässt sich daran absehen, das wir in diesem Haushalt allein mit 90.000 Euro zusätzlichen Einnahmen aus Bußgeldern wegen Umweltverschmutzungen rechnen. Viel zu lange ist hier nicht konsequent genug gehandelt worden und ganz offensichtlich war die Personaldecke in der Verwaltung dafür auch zu dünn, wie die zwei mit diesem Haushalt neu eingerichteten Stellen klar dokumentieren.

Jahre kann es dauern, bis die Gewässer wieder sauber sind! Die ambitionierten Arbeiten an der Wasserrahmenrichtlinie sind zum Teil zunichte gemacht worden und viel Geld muss investiert werden, damit wieder Leben in die Flüsse und Bäche einkehrt. Der Hauptverursacher der Grundwasserbelastung liegt auf der Hand. Die weiter zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft führt uns im Westmünsterland immer mehr in eine ökologische Katastrophe! Die Massentierhaltung und die damit verbundene riesige Menge an Stickstoff führen dazu, dass wir mittlerweile biologisch tote Bereiche in Bächen und Flüssen und verseuchte Böden haben.

In Zukunft drohen uns auch höhere Kosten für das Trinkwasser, weil die Stadtwerke immer mehr Aufwand für die Aufbereitung betreiben müssen! Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir billiges Fleisch oder wollen wir bezahlbares Trinkwasser? Beides wird es auf Dauer nicht zusammen geben!

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die Aufstellung des Haushalts gilt der Dank meiner Fraktion dem Kreiskämmerer Wilfried Kersting und dem gesamte Team der Kämmererei. Ein beeindruckendes Zahlenwerk und wie in jedem Jahr stand der Kämmerer der Politik stets gerne und geduldig für Fragen zum Haushaltsentwurf zur Verfügung.

Die Zahlen sind das eine, die dahinter liegenden politischen Weichenstellungen jedoch das andere. Während die Grüne Kreistagsfraktion in den Vorjahren mehrfach gesagt hat, wir erkennen an, dass es eine langsame Entwicklung hin zu einer ökologischen und sozialeren Politik auch bei der Mehrheitsfraktion gibt, so hat sich im vergangenen Jahr gezeigt, dass diese Hoffnung leider auf Sand gebaut war. Beispiele für Entscheidungen die wir nicht mittragen können, habe ich Ihnen gerade genannt. Vieles kommt zu langsam, zu zögerlich und einfach spät.

Wir richten als letzter Kreis ein Kommunales Integrationszentrum ein. Wir gehören zu den letzten Kreisen, die ein Sozialticket einführen, wir hinken bei der Durchsetzung von Umwelt- und Klimaschutz hinterher. Der Grat zwischen spät und zu spät ist dabei sehr schmal.

Wir haben uns daher entschieden, in diesem Jahr dem Haushaltsentwurf keine Zustimmung zu erteilen. Das bedeutet nicht, dass wir grundsätzlich alles ablehnen, was darin enthalten ist, es bedeutet aber, dass wir der Auffassung sind, dass eine kritische und konstruktive Begleitung der Politik der Mehrheitsfraktion nötig ist, um Fehlentwicklungen zu korrigieren oder zumindest zu identifizieren.

Dies werden wir auch im kommenden Jahr in bewährter Weise machen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!